

äußeren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen, zur Festigung der sozialistischen Staatengemeinschaft beizutragen, mit den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern stets internationalistische Solidarität zu üben, alles zu tun, um den Frieden zu sichern und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung durchzusetzen und aktiv den Kampf gegen den aggressiven Imperialismus zu führen.

Diese zielstrebige sozialistische Außenpolitik ist zugleich eine notwendige Bedingung für die erfolgreiche Lösung des großen Programms, das Genosse Honecker im Bericht des Zentralkomitees vor unserer Partei und allen werktätigen Menschen der Republik entwickelt hat.

Die Außenpolitik der DDR dient dem Wohle der werktätigen Menschen und der freien Entfaltung ihrer schöpferischen Fähigkeiten unter den Bedingungen friedlichen Schaffens. Das ist Inhalt und Ziel unserer Außenpolitik.

Das Zentralkomitee und das Politbüro haben ständig die Probleme der internationalen Entwicklung behandelt und zu den Fragen der Herstellung oder Gestaltung von Beziehungen der DDR zu anderen Staaten oder zu internationalen Organisationen Beschlüsse gefaßt. Diese umfangreiche Arbeit hat im Bericht des Zentralkomitees an den Parteitag in der ausführlichen Behandlung der internationalen Entwicklung und der außenpolitischen Linie der SED ihren Ausdruck gefunden. Aus dieser Einschätzung ergeben sich die neuen Aufgaben der Außenpolitik im Ringen um den Ausbau der internationalen Positionen der DDR.

Parteiführung und der Parteitag können gewiß sein, daß die Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und aller Auslandsvertretungen ihr Wissen und Können mit ganzer Kraft einsetzen werden, um die neuen Aufgaben zu erfüllen.

Die Grundbedingung für den vollen Erfolg unserer Außenpolitik ist ihre enge Verbundenheit mit der Außenpolitik der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, vor allem die enge und systematische Zusammenarbeit mit der KPdSU und der Sowjetunion.

Gerade deshalb begrüßen wir es besonders, daß zwischen dem VII. und dem VIII. Parteitag die Koordinierung der außenpolitischen Aktivitäten der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages eine zunehmende Verstärkung erfahren hat. Das Zentralkomitee unserer Partei und die Regierung der DDR werden auch künftig ihren Beitrag leisten, um die Organisation des Warschauer Vertrages weiter zu vervollkommen und die systema-